



Thesen der Expertengruppe zur Politischen Bildung auf Sekundarstufe II

Im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung
und Innovation (SBFI)

Bern, 30. Oktober 2019

Kontextualisierung

2016 verabschiedete der Bundesrat seinen Bericht «Staatskundeunterricht auf Sekundarstufe II. Eine Bilanz» in Erfüllung des gleichnamigen Postulats Aubert (13.3751) und den zugehörigen Expertenbericht¹. Aufgrund der Ergebnisse des Expertenberichts stellte der Bundesrat fest, dass die Situation im Bereich Staatskunde auf Sekundarstufe II keine grundlegenden Defizite aufweist. Ausgehend von dieser grundsätzlich positiven Situation erachtete der Bundesrat eine ausserordentliche Anpassung der Rahmenlehrpläne als nicht notwendig. Es fehle allerdings etwa ein breit abgestütztes Verständnis darüber, was vermittelt werden solle. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) wurde im Bericht des Bundesrats aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) im Rahmen einer Expertengruppe eine Diskussion zum idealen Staatskundeunterricht zu führen und die Diskussionsergebnisse in Form von Thesen festzuhalten.

In der Folge hat das SBFI 2018 unter Mitwirkung des Generalsekretariats der EDK eine Expertengruppe einberufen. Ziel war, Thesen zu erarbeiten, die zu einem breit abgestützten Verständnis über die Vermittlung Politischer Bildung führen.

Die gemeinsamen Arbeiten sind abgestützt auf der Verankerung der Politischen Bildung in den Erklärungen 2015 respektive 2019 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen von Bund und Kantonen für den Bildungsraum Schweiz².

Die fünf nun von der Expertengruppe vorgelegten Thesen sowie die von der Gruppe verfassten Erläuterungen fokussieren auf die Sekundarstufe II und thematisieren verschiedene Aspekte der Vermittlung von Politischer Bildung (Zielgruppe, Ziele, Dimensionen, Verankerung und Rolle wichtiger Akteure). Sie stützen sich auf etablierte politik- und erziehungswissenschaftliche Konzepte und Definitionen sowie auf didaktische Grundsätze. Zudem knüpfen die Thesen an bestehende Grundlagen, wie etwa die Rahmenlehrpläne verschiedener Bildungsgänge der Sekundarstufe II an.

Mit den vorliegenden Thesen wird eine Grundlage für die Konkretisierung der Politischen Bildung in der Schule geschaffen. Die Thesen dienen als Referenzdokument für künftige Arbeiten zur Politischen Bildung und Arbeiten im Rahmen der Prozesse künftiger Revisionen der Rahmenlehrpläne und Bildungspläne auf gesamtschweizerischer Ebene. Die Thesen richten sich in erster Linie an die Behörden und Gremien, die für die Erarbeitung der Rahmenlehrpläne und Bildungspläne zuständig sind. Auch richten sie sich an weitere im Kontext der Politischen Bildung zentralen Akteure.

¹ Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe II – Eine Bilanz. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3751 Josiane Aubert, Bern, 2016. Der Bericht geht von einem breiteren Verständnis von Staatskundeunterricht und einer politischen Bildung aus, welche sowohl die Vermittlung von politischem Wissen, von politikrelevanten Fertigkeiten wie auch den Aspekt Interesse wecken umfasst (S. 5).
Stadelmann-Steffen, Koller und Sulzer (2015). Politische Bildung auf Sekundarstufe II. Eine Bilanz. Expertenbericht im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation SBFI.
(<https://www.sbfi.admin.ch/sbfi/de/home/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-62436.html>)

² WBF/EDK: Chancen optimal nutzen – Erklärungen 2015 und 2019 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz, Bern.
Erklärung 2015: <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/39420.pdf>
Erklärung 2019: https://edudoc.ch/record/205824/files/erklaerung_20190627_d.pdf

THESE 1

Politische Bildung ist insbesondere eine Aufgabe der Sekundarstufe II.

- Sie ist in den Rahmenlehrplänen auf Sekundarstufe II verankert – abgestimmt auf die sprachregionalen Lehrpläne der obligatorischen Schulstufe – und bleibt im Sinne des lebenslangen Lernens nach Abschluss der Sekundarstufe II wichtig.
- Sie ist in den Lehrplänen in den geeigneten Fachgebieten explizit verortet und wird darüber hinaus als Bildungsinhalt auf Ebene der Klasse oder Schule verstanden.
- Politische Bildung ist Teil eines integralen Bildungsverständnisses, in welchem das formale Bildungssystem mit Akteuren der informellen und non-formalen Bildung in Verbindung steht.

Erläuterungen

- Die Sekundarstufe II ist zur Vermittlung Politischer Bildung besonders geeignet. Zum einen werden Jugendliche erreicht, die unmittelbar vor der Erreichung des Stimm- und Wahlrechts stehen. Zum anderen haben Jugendliche ein Alter erreicht, in dem sie komplexere (politische) Sachverhalte und Fragestellungen erfassen können (Stadelmann-Steffen et al., 2015)³.
- Kohärenz zwischen den Lehrplänen der verschiedenen Bildungsstufen muss gewährleistet sein.
- Jeder Akteur des Schulsystems ist mitverantwortlich.
- Auch Akteure ausserhalb des formalen Bildungssystems können die Entwicklung der Jugendlichen beeinflussen. So sind die umfangreichen ausserschulischen Aktivitäten zur Politischen Bildung von Jugendlichen Bestandteile der non-formalen und informellen Bildung.
- Politische Bildung kann zur Chancengerechtigkeit beitragen.
- Politische Bildung soll explizit in den Rahmenlehrplänen in geeigneten Fächern und in übergeordneten oder allgemeinbildenden Unterrichtsgefässen verankert sein. Gleichzeitig findet Politische Bildung aber nicht nur im Unterricht statt, sondern auch im Rahmen der Schule oder Klasse (bspw. im Sinne von Klassenräten).

³ Stadelmann-Steffen, Koller und Sulzer (2015). Politische Bildung auf Sekundarstufe II. Eine Bilanz. Expertenbericht im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation SBFJ. S. 2. (https://www.sbfj.admin.ch/dam/sbfj/de/dokumente/2016/06/bericht-uni.pdf.download.pdf/PO_133751_Expertenbericht_d_DEF.pdf)

THESE 2

Politische Bildung trägt zur Gesellschaftsreife bei und stärkt die politische Handlungskompetenz.

Sie fördert die Analyse-, Urteils- und Handlungsfähigkeit der Jugendlichen in politisch geprägten Situationen und motiviert zur politischen Partizipation.

Die Jugendlichen erwerben Fachwissen, lernen demokratische Grundwerte kennen und wertschätzen. Sie reflektieren das Verständnis von Politik in verschiedenen Kontexten.

Erläuterungen

Politische Bildung ...

- ... vermittelt Fachwissen
- ... fördert die Wertebildung und Wertschätzung demokratischer Prinzipien (bspw. Interessenausgleich, deliberative Aushandlung, Kompromiss- sowie Konfliktfähigkeit, Menschenwürde als Richtschnur, Toleranz/Akzeptanz)
- ... befähigt Jugendliche, politische Handlungsfähigkeit zu erlangen: Fähigkeit, Fertigkeit und Bereitschaft politische Konflikte zu erkennen, zu reflektieren und auszutragen, eigene Positionen in politischen Fragestellungen zu entwickeln, Positionen anderer zu verstehen und aufzugreifen, sowie an der Problemlösung mitzuwirken
- ... weckt das politische Interesse
- ... stärkt die Fähigkeit (digitale) Medien gezielt für die eigene politische und gesellschaftliche Information und zur Entwicklung von Lösungsstrategien zu nutzen, wie auch die Fähigkeit die im Umfeld neuer technologischer Möglichkeiten grosse Mengen an Informationen zu verarbeiten und kritisch zu hinterfragen
- ... befähigt Jugendliche zur Teilhabe am politischen Leben. Diese Teilhabe umfasst sowohl die klassische Partizipation an demokratischen Prozessen, das vielfältige Agieren als Politikbetroffene wie auch politische Diskussionen, in denen Interessen artikuliert und angemessen vertreten sowie Aushandlungsprozesse durchgeführt werden.

Die Expertengruppe ist von folgender Definition ausgegangen

In der Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung⁴ vom 11. Mai 2011 wird **Politische Bildung** wie folgt definiert:

««Politische Bildung» (Education for Democratic Citizenship) [bedeutet] Bildung, Ausbildung, Bewusstseinsbildung, Information, Praktiken und Aktivitäten, deren Ziel es ist, Lernende durch die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Verständnis sowie der Entwicklung ihrer Einstellungen und ihres Verhaltens zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen, den Wert von Vielfalt zu schätzen und im demokratischen Leben eine aktive Rolle zu übernehmen, in der Absicht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu bewahren»

4 Council of Europe (2014). Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung. Empfehlung des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten. (<https://rm.coe.int/1680489411>)

Gesamtschweizerische Grundlagen

- Im Maturitätsreglement⁵ sowie in der Maturitätsanerkennungsverordnung⁶ ist die sogenannte vertiefte Gesellschaftsreife als Ziel festgehalten.
- In der Verordnung des SBFJ über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung wird die Integration des Individuums in die Gesellschaft als explizites Ziel genannt⁷.
- Im Rahmenlehrplan der Fachmittelschulen (EDK, 2018)⁸ ist die Reife in überfachlichen Bereichen und die Förderung einer verantwortungsvollen, vorausschauenden und selbstständigen Teilnahme und Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben verankert.

5 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (1995). Reglement der EDK über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen, Art. 5 Abs. 1. (https://edudoc.ch/record/38112/files/VO_MAR_d.pdf)

6 SR 413.11, Verordnung über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (1995), Art. 5 Abs. 1. (<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19950018/index.html>)

7 SR 412.101.241, Verordnung des SBFJ über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung (2006), Art. 2 Abs. 2b. (<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20061526/index.html>)

8 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK (2018). Rahmenlehrplan für Fachmittelschulen (S.7) (https://edudoc.ch/record/133116/files/FMS_rahmenlehrplan_d.pdf)

THESE 3

Politische Bildung umfasst unter anderem gesellschaftliche, ökonomische, kulturelle, ökologische, ethische und rechtliche Aspekte.

Politische Bildung setzt sich inhaltlich mit allen Dimensionen des Politischen auseinander

- die Dimension des politischen Handlungsrahmens (Prinzipien, Grundrechte, Rechtsordnung, Organisationen, etc. – Polity)
- die inhaltliche Dimension (Inhalte politischer Auseinandersetzungen über Ziele und Aufgaben oder die Art und Weise der Aufgabenerfüllung – Policy)
- die prozessuale Dimension (Willens- und Entscheidungsbildungsprozesse – Politics)

Erläuterungen

Die **Dimension des Politischen Handlungsrahmens (Polity)** umfasst Form und Struktur des Politischen und bezieht sich auf institutionelle Aspekte, insbesondere auch die der Schweiz. Dazu gehören die politischen Strukturen und Ordnungen einer Gesellschaft sowie deren Rechtsordnung, die den Handlungsrahmen festlegen, aber auch die politische Kultur (Werte, Verhaltensweisen von politischen Akteuren). Diese Dimension entspricht oft dem gängigen Verständnis von Staatskundeunterricht und Institutionenlehre.

Die **inhaltliche Dimension (Policy)** umfasst die Inhalte politischer Auseinandersetzung sowie Aufgaben und Ziele, welche politische Akteure formulieren oder realisieren wollen. Sie zielt auf die inhaltliche Problemlösung von Interessen- und Zielkonflikten in verschiedenen Politikbereichen (bspw. Gesundheitspolitik, Sicherheitspolitik) ab.

Die **prozessuale Dimension (Politics)** fokussiert auf Prozesse wie politische Verfahren und untersucht Willens- und Entscheidungsbildungsprozesse jener, die am politischen Geschehen beteiligt sind. Auch die Aspekte der Informationsgewinnung, -beurteilung und -verwertung, der Motivation und Handlungsanleitung fallen in diese Dimension.

Politik umfasst lokale, regionale, nationale und internationale Kontexte, die oft eng miteinander verknüpft sind. Diese Zusammenhänge bestehen auf räumlicher Ebene und verweisen auf eine zeitliche Dimension. Sie sind einerseits historisch gewachsen und stellen andererseits das zukunftsverantwortliche Denken als Zielgrösse dar. Dabei sind insbesondere den Ausprägungen des Schweizer Systems Beachtung zu schenken.

THESE 4

Lehrpersonen initiieren und begleiten die kompetenzorientierte Politische Bildung und sensibilisieren für politische Themen. Sie achten darauf, dass Politische Bildung im schulischen Kontext und insbesondere im Unterricht auf Indoktrination verzichtet, gesellschaftlich kontrovers diskutierte Themen auch kontrovers wiedergibt, sich an den Interessen der Schülerinnen und Schüler orientiert und deren eigene Meinungsbildung ermöglicht.

Die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen beinhaltet eine fachwissenschaftliche und fach-didaktische Bildung.

Erläuterungen

Lehrerbildung zielt auf den Aufbau zentraler fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Kompetenzen für die Politische Bildung ab. Diese können im Rahmen der Grundbildung, über Weiterbildungen wie auch durch den Austausch innerhalb des Kollegiums erworben werden. Ein wesentliches Ziel der Lehrerbildung ist auch, die Lehrpersonen für die Wichtigkeit des Themas zu sensibilisieren, damit sie diesem im schulischen Kontext und insbesondere im Unterricht einen entsprechenden Stellenwert zuteilen.

Der Beutelsbacher Konsens legt drei Grundsätze für den Unterricht in Politischer Bildung fest:⁹

1. Überwältigungs- bzw. Indoktrinationsverbot

Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der «Gewinnung eines selbstständigen Urteils» zu hindern.

2. Kontroversitätsgebot

Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

3. Analysefähigkeit / Interessenlage der Schülerinnen und Schüler

Die Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenslage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.

Alle Lehrpersonen sind sich ihrer Verantwortung als Vorbild bewusst. Im Sinne der Transparenz können Lehrpersonen ihre Meinungen und Werte im Rahmen der Diskussionen zurückhaltend offenlegen.

⁹ Bundeszentrale für Politische Bildung (2011) unter Verwendung von Zitaten aus Hans-Georg Wehling in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, S.179/180.

THESE 5

Die Schulleitung unterstützt die Politische Bildung und stellt entsprechende Gefässe und Ressourcen zur Verfügung. Die Schulen fördern eine die Politische Bildung unterstützende Kultur und ermöglichen eine angemessene Beteiligung der Jugendlichen wie Lehrpersonen.

Erläuterungen

In Schulen sollen in internen Gremien demokratische Prinzipien gelebt und Partizipationserfahrungen im Schulalltag ermöglicht werden (bspw. Mitwirkung der Schülerschaft durch Schülerinnen- und Schülerparlamente, Klassenrat). Dadurch macht die Politische Bildung demokratische Prozesse und Werte erfahrbar.

Die Schulleitung sensibilisiert Lehrpersonen auch im Rahmen von Gremiumssitzungen, Retraiten etc. für das Thema der Politischen Bildung.

Expertengruppe

Leitung	Johannes Mure, Leiter Ressort Bildungssteuerung und -forschung, SBFI
Mitwirkung	Chantal Andenmatten, Leiterin Koordinationsbereich Berufsbildung & Sekundarstufe II Allgemeinbildung, GS EDK
éducation21	Klara Sokol, Direktorin
EHB	Daniel Schmuki, Dozent am Eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung
Kanton FR	Ursula Reidy Aebischer, Stv. Vorsteherin Amt für Unterricht der Sekundarstufe II
Kanton TI	Emanuele Vitali, Lehrperson Liceo cantonale Locarno
Kanton ZH / SBBK	Hans Jörg Höhener, MBA Zürich, Mitglied ABU-Kommission SBFI
PH TG	Adrian Müller, Dozent an der Pädagogischen Hochschule Thurgau
SVABU	Mathias Hasler, Präsident Schweizerischer Verband für allgemeinbildenden Unterricht
Universität Bern	Isabelle Stadelmann-Steffen, Professorin am Institut für Politikwissenschaft
VSG	Martin Pryde, Präsident Verein Schweizerischer Geschichtslehrerinnen und -lehrer, Fachverband des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer
ZDA	Monika Waldis, Professorin und Leiterin Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik am Zentrum für Demokratie Aarau
Sekretariat	Jacqueline Würth, SBFI mit Unterstützung von Nathalie Bardill, GS EDK